

Alle Versuche, der Hanne Schweitzer vom Büro gegen Altersdiskriminierung (**BgA**) mitzuteilen, dass das Wort „Direktversicherung“ doppeldeutig und deswegen ungeeignet ist, unsere Situation zu beschreiben schlugen fehl; ebenso die Versuche ihr die Unterscheidung zwischen echten Betriebsrenten und den Sparerlösen aus Kapitallebensversicherungen nahe zu legen.

Ab April 2018 ließ sie es geschehen, dass die homepage des BgA ab April 2018 zum Sprachrohr der politischen Parteien und insbesondere der SPD umfunktioniert wurde:

- 09.04.2018 „Überproportionale Belastung bei Kapitalleistungen“;
- 30.06.2018 „Gesundheitsausschuss vertagt Doppelverbeitragung“;
- 02.07.2018 „Gesetzgeber hat Verantwortung“;
- 04.07.2018 „Brief an CDU/CSU-Mitglieder im Gesundheitsausschuss plus Erwiderung“ (wobei sie ja hier wenigstens noch eine Erwiderung unterbrachte);
- 06.07.2018 „Landesverband der SPD Bremen unterstützt Vorschlag der NRW Landesgruppe“.

Mit Datum vom 20.07.2018 veröffentlichte sie eine Email von Horst Gehring (dem SPD Mitglied und Unterwanderer des DVG; siehe [\[IG_K-PP_003\]](#) an Max Straubinger (MdB der CSU; siehe [\[IG_K-PP_006\]](#)); also aus Sicht der IG GMG-Geschädigte eine Email von Täter an Täter (<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9325>). In dieser Email zieht der Vertreter der SPD über den Vertreter der CSU her, weil dieser sich weigert, die von der SPD seit 2016 geplante Modifikation des staatlich organisierten Betrugs mitzugehen, welche kurz wie folgt zu beschreiben ist:

Die Beitragssätze für Betriebsrenten und Versorgungsbezüge in § 248 SGB V werden (nach der Verdoppelung mit dem GMG ab 1.1.2004) wieder auf 50% zurück gesetzt. Damit hofft die SPD die Betriebsrenten wieder attraktiver zu machen.

Bei der Finanzierung geht die SPD von folgendem Nebeneffekt aus: Ab Halbierung des Beitragssatzes werden die Rentner mit einer Kapitallebensversicherung „NUR NOCH UM DIE HÄLFTE BETROGEN“. Bereits abkassierte Beute wird natürlich nicht zurück gezahlt. Mit der zukünftigen Hälfte des Betrugs (ca. 1,3 Milliarden kann man die Halbierung für die Betriebsrentner „finanzieren“ (siehe auch [\[IG_O-PP_116\]](#) und [\[IG_K-PP_010\]](#)

Am 23.07.2018 veröffentlicht sie dann nach Bitte vom 22.07.2018 eine auf den Beitrag vom 20.07.2018 Bezug nehmende Darstellung aus Sicht der Geschädigten mit Kapitallebensversicherung (<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9337>). Dabei lässt sie es sich aber nicht nehmen der Stellungnahme und Korrektur einen eigenen Vorspann voraus zu schicken (Kürzel H.S.), wobei sie allerdings ihren Text unter dem Namen von Dr. Rüter einschiebt.

(Rüter: Um nicht vom Thema abzulenken, sind nach folgend Links ausgeschaltet und durch Bezeichnung der verlinkten Datei ersetzt. Desweiteren sind die ursprünglichen fett-Markierungen aus dem eingereichten Text wieder hergestellt)



<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9337>

Direktversicherung: Teile+herrsche - Kommentar zur Mail an Max Straubinger



Foto: H.S.

23.07.2018 - von Dr. A. Rüter

Den meisten Direktversicherten sind die unterschiedlichen Standpunkte, die von Herrn Gehring bzw. von Dr. Rüter über den rückwirkenden staatlichen Eingriff in die Auszahlungsbedingungen von Direktversicherungen vertreten werden - wurscht. Sie wollen ihr Geld zurück, sonst nichts. Wer das macht oder wie - ist für sie wenig von Belang, ebenso wenig wie die spannende Frage, wessen Interessen eigentlich mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 befriedigt wurden.

"Zum Machen von Dingen verwendet man Werkzeuge. Das Werkzeug, mit dem Menschen gemacht werden, ist die Information. Soweit die Menschen nicht natürlichen Bedürfnissen, der Gewohnheit oder der Gewalt folgen, hängt ihr Handeln davon ab, was sie wissen." Was wissen wir über den Staat? A.E. Rauter schreibt dazu in seinem 1971 im Weismann Verlag erschienen Buch "Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht Oder das Herstellen von Untertanen", unter anderem: "Als die ersten Menschen reich genug waren, sich zur

Horst Gehring bringt es in leidenschaftlicher Bedeutungsschwangerschaft nur unzureichend fertig, seine Einbindung in die Partei zu tarnen; z.B. auf eine an ihn gerichtete Frage im September 2017: „Die Tinte unter dem Betriebsrentenstärkungsgesetz ist noch nicht trocken, und da wollen Sie mir weismachen, dass exakt diejenige, die uns seinerzeit die ‚Arschkarte‘ bescheinigt hat [Nahles], über die rückwirkende Aufhebung der Beitragspflicht für unsere Direktversicherungen nachdenkt? [...] Und auf die Frage, „klingt es nicht geradezu absurd, dass im Hinterzimmer der SPD an solchen Vorhaben gearbeitet werden soll?“ antwortet er mit: „Wir tragen unsere Diskussion nicht in Talkshows aus, sondern arbeiten zurzeit an einer **Erweiterung des § 229 SGB V**. Daher stehe **ich** im **sehr engen Kontakt mit Andrea Nahles** und Mitgliedern der verschiedenen **Fachausschüsse aus Arbeit, Soziales und Gesundheit**. Dieses sind auch keine Versprechen sondern uns geht es jetzt um die Rückerstattung der Beiträge ab 01.01.2004. Des weiteren sollten die Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen von den Milliardenlasten aus versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Diese sollen zu 100% vom Staat übernommen werden. Das ist zur Zeit **mein Arbeitsgebiet**. Im übrigen **wird die SPD** diese Themen auch als Oppositionspartei verfolgen.“

Horst Gehring kann in seinem Strategie-Dokument mit gleicher Bravour bzw. hochgradiger Ahnungslosigkeit wie die vom Gesundheitsausschuss befragten „Experten“ zeigen, wie „furchtbar komplex und unverständlich doch alles ist“.

Link [\[auf 20170314_Horst_Gehring-Auswirkung des GMG_20170417 Kommentiert Rüter.pdf\]](#) **dieser Link und das Dokument wurden bei Veröffentlichung beim BgA durch Fr. Schweitzer weggelassen**

Insofern ist es müßig die ewigen Plattheiten und Lügen wie

- „Direktversicherungen = Renten“,
- „Betriebliche Altersversorgung“,
- „Doppelverbeitragung der Betriebsrenten“,
- „Entlastung der bAV“,
- „juristisch durch das BVerfG alles endgültig entschieden“

des Herrn Gehring bzw. der SPD erneut zu zerlegen. Es ist alles an anderer Stelle zigmal gesagt und geschrieben.

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn Herr Gehring nicht immer alle Winkelzüge seiner SPD Granden mitbekommt und dann z.B. mit seinem Beitrag vom 02.07.2018 „Direktversicherung: Gesetzgeber hat Verantwortung“ (Link [\[auf BgA: 02.07.2018 „Direktversicherung: Gesetzgeber hat Verantwortung“\]](#)) beim BgA versucht, mit seinem Genossen-Minister und lieben Hubertus Kontakt aufzunehmen. Wäre es da nicht passender, sie würden sich im Willy-Brandt-Haus treffen?

Aber wahrscheinlich rutscht er in der Partei schön öfter mal durch das Bedeutungsraaster. Z.B. hat er ja offensichtlich auch nicht mitbekommen, dass beim Vertagen des Antrags im Gesundheitsausschuss nicht „wieder einmal die Lobbyisten der Union“ gemauert haben (siehe sein BgA Beitrag vom 30.06.2018 „Direktversicherung: Gesundheitsausschuss vertagt Doppelverbeitragung“ (Link [\[auf BgA: 30.06.2018 „Direktversicherung: Gesundheitsausschuss vertagt Doppelverbeitragung“\]](#)), sondern vertagt wurde, „weil mehrere SPD-Vertreter nicht bereit gewesen waren, den Antrag der Koalitionsdisziplin folgend abzulehnen (Recht haben sie; ist ja auch eine Zumutung auf Vorgabe der SPD fortlaufend die Verfassung Art. 38 zu brechen.“ (1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. (2) Sie sind

Betrachten wir den „Einschub“ von Hanne Schweitzer BgA genauer:

Den meisten Direktversicherten sind die unterschiedlichen Standpunkte, die von Herrn Gehring bzw. von Dr. Rüter über den rückwirkenden staatlichen Eingriff in die Auszahlungsbedingungen von Direktversicherungen vertreten werden - wurscht. Sie wollen ihr Geld zurück, sonst nichts. Wer das macht oder wie - ist für sie wenig von Belang, ebenso wenig wie die spannende Frage, wessen Interessen eigentlich mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 befriedigt wurden.

Der Standpunkt des Horst Gehring ist identisch mit dem Standpunkt der SPD: Beitragssatz halbieren, Betriebsrenten attraktiver machen, mit halbem Beitragssatz die 6 Mio Rentner mit Kapitallebensversicherung weiter betrügen (siehe auch [\[IG_O-PP_116\]](#) und [\[IG_K-PP_010\]](#)).

Der Standpunkt des Dr. Rüter ist identisch mit dem der IG GMG-Geschädigter: Die durch staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch – unter Führung der SPD durch Kriminalisierung der Justiz eingeführt – abkassierte Betrugsbeute mit gesetzlicher Verzinsung von derzeit 4% an die Betrogenen zurück zahlen.

Wer diese Standpunkte gleichsetzt, hat scheinbar gar nichts verstanden oder will nichts verstehen. „Den meisten Direktversicherten [ist das] wurscht“.

Welche Direktversicherten ist es denn wurscht? Den Betriebsrentnern mit dem Durchführungsweg „Direktversicherung“ nach BetrAVG ODER den Rentnern mit Kapitallebensversicherung, deren Versicherung man wegen des Abschlusses über den Arbeitgeber „Direktversicherung“ nannte ?

"Zum Machen von Dingen verwendet man Werkzeuge. Das Werkzeug, mit dem Menschen gemacht werden, ist die Information. Soweit die Menschen nicht natürlichen Bedürfnissen, der Gewohnheit oder der Gewalt folgen, hängt ihr Handeln davon ab, was sie wissen." Was wissen wir über den Staat? A.E. Rauter schreibt dazu in seinem 1971 im Weismann Verlag erschienen Buch "Wie eine Meinung in einem Kopf entsteht Oder das Herstellen von Untertanen", unter anderem: "Als die ersten Menschen reich genug waren, sich zur Unterdrückung und Ausbeutung anderer eine Truppe zu halten, entstand das, was wir heute Staat nennen. Der Staat - das ist die Weiterentwicklung einer Schlägertruppe." ... "Es gibt keine bekannte menschliche Gesellschaft der Vergangenheit, in der der Staat nicht eine Apparatur zur Unterdrückung der Mehrheit durch eine Minderheit gewesen wäre." ... "Nach allem, was man heute in der Schule, im Fernsehen und in den Zeitungen erfährt, leben wir in einem demokratischen Staat. Wo liegt der historische Punkt, an dem die Macht in die Hände der Mehrheit übergegangen ist?" Aber was ist mit den Gesetzen? Dazu Rauter: "Gesetze - das ist die Weiterentwicklung einer Wunschliste reicher Sklavenhalter." Mehr von A.E. Rauter unter: ([Link](#)) [H.S.](#)

Wenn man also den A.E. Reuter richtig verstanden hätte, wüsste man, dass man durch Vorenthalten von Informationen (z.B. der Information über die 2 Varianten von „Direktversicherungen“ oder der Information über den Unterschied zwischen dem SPD-Standpunkt und dem Standpunkt der IG GMG-Geschädigten das „Herstellen von Untertanen“ unterstützt.

Auf den Teil von Dr. Rüter gab es eine Serie von Reaktionen des Horst Gehring:

Horst Gehring (SPD) verlangte von Frau Schweitzer eine Gegendarstellung. Diese Forderung schickte er auch an Dr. Rüter weiter und verlangt mit Fristsetzung von diesem eine Entschuldigung

Von: Horst Gehring [horst.gehring1@osnanet.de] Gesendet: Mo 23.07.2018 20:40
An: arnd_rueter@web.de
Cc:
Betreff: Fwd: Fwd: <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/aetikel.php?id=0337>

Nachricht | Dokument4.docx

Sehr geehrter Herr Dr. Rueter,

ich erwarte Ihre Stellungnahme bzw. eine öffentliche Entschuldigung bis zum 25. Juli 2018 um 09.00 h. Sollte ich bis zum genannten Termin keine Nachricht erhalten, werde ich alle juristischen Mittel einleiten!

Mit freundlichem Gruß

Horst Gehring

----- Weitergeleitete Nachricht -----
Betreff:Fwd: <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/aetikel.php?id=0337>
Datum:Mon, 23 Jul 2018 20:29:28 +0200
Von:Horst Gehring <horst.gehring1@osnanet.de>
An:amd_rueter@web.de

----- Weitergeleitete Nachricht -----
Betreff:<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/aetikel.php?id=0337>
Datum:Mon, 23 Jul 2018 19:07:41 +0200
Von:Horst Gehring <horst.gehring1@osnanet.de>
An:baldis@gmx.de, partei.vorstand@spd.de, "[Amd. Rueter](mailto:Amd.Rueter@web.de)"@web.de, gerhard.kiescheuer@dvg-ev.org

Sehr geehrte Frau Schweitzer,
ich bitte um eine Gegendarstellung wegen einer unwahren Behauptung.
Mit freundlichen Grüßen
Horst Gehring

Das angefügte Dokument4:

Horst-Gehring ~~Middenkamp~~ 47-49082 Osnabrück ¶

¶

¶

¶

Berichterstattung auf Ihrer Homepage vom 22. Juli 2018 ¶

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9337> ¶

¶

Gegenstandsstellung ¶

¶

¶

¶

Sehr geehrte Frau Schweitzer, ¶

¶

in vorgezeichneter Angelegenheit haben Sie einen Beitrag des Herrn Dr. Arne Rüter veröffentlicht, der für mich ehrverletzend ist und nicht der Wahrheit entspricht. Die Behauptung von Herrn Dr. Arnd Rueter, ich hätte den DVG e.V. Namens und im Auftrag der SPD unterwandert, ist unwahr. ¶

¶

Ich werde daher unverzüglich Rechtsmittel einlegen und auf eine Unterlassung weiterer Behauptungen Herrn Dr. Arnd Rueter verklagen. ¶



¶

Mit freundlichen Grüßen ¶

¶

Horst-Gehring ¶

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Mo 23.07.2018 21:34
An: 'baldis@gmx.de'
Cc: 'Rudolf Mühlbauer'
Betreff: WG: <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/aetikel.php?id=0337>

Nachricht  Dokument4.docx
 Landespressegesetz NRW_§ 11 Gegendarstellungsanspruch.JPG

Sehr geehrte Frau Schweitzer,

Die Emails, aus denen ich zitiert habe, habe ich natürlich. Möchte allerdings den Lieferanten nicht bloßstellen, solange das nicht nötig ist.

Mit dem Thema Gegendarstellungsanspruch haben Herr Mühlbauer und ich uns zwangsweise schon einmal beschäftigt:

- Anbei „Regelungen des Landespressegesetz NRW § 11 Gegendarstellungsanspruch“ (es sind die Regelungen des jeweiligen Bundeslandes gültig)
- Es beginnt damit „Der verantwortliche Redakteur und der Verleger eines periodischen Druckwerks sind verpflichtet ...“
Der Internet-Auftritt des BgA ist kein periodisches Druckwerk, also ist das für Sie gar nicht von Interesse !!!
- ...
- Worauf ist zu achten: „Die Gegendarstellung muss druckreif sein“

Ich würde an Ihrer Stelle:

- Entweder nicht darauf antworten
- Oder (wenn Sie denn partout antworten wollen) schreiben: Er solle sich doch zunächst mit den rechtlichen Bedingungen auseinander setzen, bevor er ihnen solche Mails schreibt, und im Übrigen kann er sich gerne an Dr. Arnd Rüter wenden, denn der hat die Meinungsäußerung, wie klar zu erkennen, getan.

Erst, wenn Sie signalisieren, dass Sie das beunruhigt, schicke ich mehr Details

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

PS „getroffene Hunde bellen“ ... manche kläffen nur

Obwohl Frau Schweitzer weiß, dass sie aus rechtlicher Sicht keinerlei Gegendarstellung bearbeiten müsste, geht sie noch am **23.07.2018** trotzdem darauf ein (Email an Dr. Rüter):

„Ich habe mich gerade entschlossen, die Gegendarstellung von Gehring reinzusetzen. Ob das nun rechtlich o.k. ist oder notwendig ... **Es regt die Debatte sicherlich an.**“

Es gab einige Rückmeldungen zu Ihrem Beitrag. Pro und Contra. Contra überwog. – leicht.“

Dass das Contra nur leicht überwog ist verwunderlich, denn es waren die Rückmeldungen der DVG-Vereinsmitglieder (die IG Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht informiert).

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'Büro gegen Altersdiskriminierung'
Cc:
Bcc: 'Rudolf Mühlbauer'
Betreff: AW: www.altersdiskriminierung.de/themen/aetikel.php?id=0337

Gesendet: Di 24.07.2018 00:11

Hallo Frau Schweitzer,

Darf ich die Rückmeldungen bitte haben ?! (gehen ja eigentlich an mich, oder? Werde nichts wildes damit veranstalten, will nur sehen, ob da eine ernstzunehmende Contra-Meldung dabei ist – von jemand a) der ernst zu nehmen ist und b) bei dem ich es nicht erwartet hätte).

„contra überwog“ wundert mich nicht, die Mitglieder der Interessengemeinschaft wissen es ja noch gar nicht.

Sie sehen den Mail-Verteiler, den Sie vom Norbert Wichmann blind übernommen haben, sicherlich neutral. Ich nicht, denn ich kenne die meisten dieser Konsorten.

Von diesem Mail-Verteiler sind (ohne Eid, denn die letzten Mitglieder-Listen haben mich nicht mehr so brennend interessiert): **3 Mitglieder der IG und 16 Mitglieder im Verein**; desweiteren sind 3 weder/noch und 8 sowohl in der IG als auch im Verein (neutral bis desinteressiert, Rudolf Mühlbauer ist eine Ausnahme). Von den Vereins-Mitgliedern müssten mindestens 6 ganz laut aufschreien, denn die haben unmittelbar Dreck am Stecken.

Der saubere Herr Gehring hat es sich nicht nehmen lassen mir auch persönlich zu schreiben: **ich erwarte Ihre Stellungnahme bzw. eine öffentliche Entschuldigung bis zum 25. Juli 2018 um 09.00 h. Sollte ich bis zum genannten Termin keine Nachricht erhalten, werde ich alle juristischen Mittel einleiten!**

Na dann soll er mal einleiten. Ihre Hoffnung auf eine Anregung der Debatte in Ehren; Sie haben es selbst schon festgestellt „den meisten ist völlig wurscht, wie sie ihr Geld wiederbekommen“ und damit meine ich nicht 50% oder sondern locker über 90%.

Mit freundlichen Grüßen und gute Erholung vom Auto
Dr. Arnd Rüter

Die Weiterleitung der Rückmeldungen verweigert Hanne Schweitzer am 24.07.2018. Wenn sie mal diese Prinzipienfestigkeit gegenüber Horst Gehring später auch gehabt hätte (Email Doris Bartholomäus vom 18.01.2019, s.u.)


Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Di 24.07.2018 00:44

An: 'baldis@gmx.de'

Cc:

Betreff: WG: Kommentar zu Gehring - SPD Unterwanderung DVG e.V. Vorstand - zu Ihrer INFORMATION

Nachricht |  Tabelle mit Links auf veröffentlichte Informationen zur "angeregten" Verwendung_(2).docx

Zu Ihrer Information

Gruß Dr. A. Rüter

Von: arnd_rueter [mailto:arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Dienstag, 24. Juli 2018 00:32

An: 'admin@ig-gmg-geschaedigte.de'

Cc: 'Rudolf Mühlbauer'

Betreff: Kommentar zu Gehring - SPD Unterwanderung DVG e.V. Vorstand

Hallo Herr Schmitt,

bitte in der IG verteilen

Danke, Gruß A. Rüter

Liebe Mitkämpfer_Innen,

nachdem nun der „Sozialpolitische Berater“ des Vorstandes des DVG e.V., Horst Gehring, angefangen hat, auch beim „Büro gegen Alterdiskriminierung (BgA)“ einen unsinnigen Erguss nach dem anderen in die Welt zu posaunen und nachdem der Vorstand des DVG e.V. es nicht unterlassen kann **ins Horn der SPD zu stoßen und uns damit massiv schadet**, hat es mir nun gelangt.

Ich habe bekannt gemacht, was ich schon lange weiß, der Vorstand mit den Herren „Gernegroß“, „Wichtig“ usw. hat nichts weiter im Hirn als sich im Dunstkreis der Macht mit eigener Bedeutung „aufzuladen“ und die Interessen der Geschädigten zu verraten. Man denke nur an das disaströse Bild, welches der Herr Hruschka bei der „Experten“-Befragung im Ausschuss für Gesundheit hinterlassen hat.

<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9337>

Diese paar Hanseln reißen den Hals auf und verkünden permanent, sie würden im Namen von ca. 6 Millionen sprechen, wenn sie für den SPD-Plan „Erleichterung für Betriebsrenten“ plädieren, **Wir bekommen nichts zurück und werden in Zukunft weiterhin staatlich organisiert auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch bestohlen, aber ein bisschen weniger.**

Damit muss Schluss sein.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

PS die Gesamtliste der Links anbei

Auf den Teil von Dr. Rüter in „Teile+herrsche - Kommentar zur Mail an Max Straubinger“ gab es außerdem noch am 23.07.2018 eine „Persönliche Stellungnahme“ von Horst Gehring, die Frau Schweitzer. Diese wurde wahrscheinlich am 24.07.2018 von Frau Schweitzer veröffentlicht und zwar „stillschweigend“, denn sie erschien unter der Rubrik „Justiz“ und nicht unter der üblichen Rubrik „Direktversicherungen“, wurde also von keinem Betroffenen dort vermutet. **Unter den gegebenen Umständen hätte man eine Information darüber von Frau Schweitzer an Dr. Rüter erwarten können.**

Der darin enthaltenen ursprünglich Text der geforderten Gegendarstellung wurde dann von Frau Schweitzer am 03.08.2018 auf Wunsch von Herrn Gehring gegen die nachfolgenden Text ausgetauscht; er war aber wahrscheinlich vom 24.07. bis zum Austausch am 03.08.2018 einzusehen.



<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9342>

Direktversicherung: Stellungnahme von Horst Gehring



Foto: H.S.

24.07.2018 - von Horst Gehring

Stellungnahme des Horst Gehring wegen der Reaktionen bzw. Nichtreaktionen auf sein Schreiben* an Max Straubinger (MdB) vom 20.7.2018:

Persönliche Stellungnahme

Es ist schon bemerkenswert, dass sich Betroffene des GMG für einen Politiker aussprechen, der ihren berechtigten Forderungen „knallhart“ gegenübersteht und absolut keine Kompromissgemeinschaft signalisiert.

Zu meiner eigenen Person möchte ich ganz klipp und klar erklären, dass ich keine „juristische Beziehung“ zum DVG e.V. unterhalte. **Die unwahre Behauptung, ich sei der Sozialpolitische Sprecher des DVG e.V. und hätte im Auftrag der SPD den Verein unterwandert, ist falsch und entbehrt jeglicher Grundlage.** Bedauerlicherweise hat auch Herr Gerhard Kieseheuer hierzu kein Dementi abgegeben, was natürlich den „Nährboden“ stärkt. Ebenso habe ich zu keinem Zeitpunkt eine nach außen abgegebene Erklärung für den DVG abgegeben, zumal ich auch dort kein Mitglied bin.

Ich habe daraufhin **den Nds. Innenminister, Boris Pistorius**, in dieser Sache gebeten, eine rechtliche Beurteilung vorzunehmen. Ebenso werden die ehrverletzenden Äußerungen gegen Mitglieder des BVerfG und des Deutschen Bundestages einer rechtlichen Überprüfung unterzogen, ob dabei das StGB angewendet werden kann. Des Weiteren werden durch diese Veröffentlichung im sozialen Netz die seit dem 01.01.2018 geltenden Bestimmungen auf den Prüfstand kommen.

Des Weiteren ist es geradezu schon anmaßend, wenn offensichtlich Mitglieder oder Sympathisanten des DVG e.V. für sich in Anspruch nehmen, sie haben das alleinige Vertretungsrecht für den DVG e.V. Eine Kleinstgruppierung von 1500 Mitgliedern ohne juristische Befugnisse. Der DVG ist im Grunde genommen nur ein Bittsteller gegenüber den Politikern, um die Sorgen und Nöte der Betroffenen bekanntzumachen.

Im Gegensatz zu den DGB-Gewerkschaften (7 Millionen Mitglieder, der VdK 1,9 Millionen Mitglieder) oder Rechtsanwälten ist dieses ein „hinkender“ Vergleich. Insgesamt sind über 8 Millionen Altverträge vom fehlenden Vertrauensschutz betroffen, die zunehmend zur Auszahlung kommen und bei denen diese erheblichen Einschnitte bei Vertragsabschluss nicht absehbar war. Seit Jahren versuchen die Sozialverbände und Gewerkschaften dagegen anzugehen. Also zu einer Zeit, wo sich der DVG e.V. noch nicht einmal konstituiert hat.

Das Problem Direktversicherung jährt sich dieses Jahr übrigens zum 45vierzigsten Mal. Bereits im Januar 2004 wurde ich mit dem § 229 SGB V konfrontiert. Einen der ersten Fälle zum GMG konnte ich somit nach gut 5 Monaten mit einer Gesamtsumme von 55.000,-- Euro für unseren Kollegen erfolgreich gegenüber der (GKV) zurückweisen. Des Weiteren erzielten meine Kollegen und ich im Jahr 2009 in dreihundert Fällen eine Gesamtsumme in Höhe von 1,8 Millionen Euro gegen vierzig (GKV). (Quelle Bund/Länderjournal von ver.di 10/2010).

Man muss dazu wissen, dass sich bereits das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1988 mit der Frage der Beitragspflicht von Versorgungsbezügen beschäftigt hat. Dabei hat es die Einbeziehung nicht nur gebilligt, sondern wegen des in der GKV geltenden

Solidaritätsprinzips sogar für geboten erachtet (BVerfG, Beschluss vom 6. Dezember 1988 - 2 BvL 18/84***). Mittlerweile hat das BVerfG in ständiger Rechtsprechung die Verfassungsmäßigkeit der Heranziehung von Versorgungsbezügen sowohl in der Form von regelmäßig wiederkehrenden als auch in der Form von nicht wiederkehrenden Leistungen zur Beitragspflicht in der GKV festgestellt, BVerfG, Beschluss vom 7. April 2008 – 1 BvR 1924/07)**.

Erinnert sei auch daran, dass mit unserem geistigen Eigentum 10 Anwälte in einhundert Verfahren ca. 600.000,- für ihre Mandanten erstritten haben.

Diese Fakten kann man in der Fachliteratur nachlesen und sie dienen somit der Klarstellung!

Ich hoffe Ihnen mit meinen Ausführungen die Problemlage deutlich gemacht zu haben. Ich kann Ihnen versichern, dass an einer Lösung parteiübergreifend gearbeitet wird.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Gehring

* Schreiben von Horst Gehring an Max Straubinger (MdB) unter: [Link](#)

** BvR Urteil vom 7. April 2008 – 1 BvR 1924/07 unter: [Link](#)

*** BvR Urteil vom 6. Dezember 1988 - 2 BvL 18/84 siehe: [Link](#)

Die **ursprüngliche G e g e n d a r s t e l l u n g vom 24.7.18** "Berichterstattung auf Ihrer Homepage vom 22. Juli 2018 <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9337>" wurde am 3.8.2018 auf Wunsch von Herrn Gehring gegen die obige Stellungnahme ausgetauscht. H.S.

Quelle: Mail an die Redaktion




Der Vorwurf des Horst Gehring lautet also, die Aussage des Dr. Rüter - Horst Gehring sei der Sozialpolitische Sprecher des DVG e.V. und hätte im Auftrag der SPD den Verein unterwandert –wäre falsch und entbehre jeglicher Grundlage. Dafür hätte Horst Gehring den Niedersächsischen Innenminister, Boris Pistorius, um eine rechtliche Beurteilung gebeten. Spätestens hier bekommt der normal Denkende Zweifel an der geistigen Verfasstheit von Beteiligten.

Nach dieser Korrektur der „Gegendarstellung“ teilte Frau Schweitzer die Tatsache der Veröffentlichung der „Stellungnahme von Horst Gehring“ mit und verkündete Frau Schweitzer in Urlaub zu fahren mit den Worten:

„Heiter geht's weiter und bevor ich auch sammeln gehen muss, fahre ich erstmal in Urlaub.
Siehe: <http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9342>

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Sa 04.08.2018 13:08
An: 'Büro gegen Altersdiskriminierung'
Cc: 'Rudolf Mühlbauer'
Betreff: AW: Direktversicherung: Stellungnahme von Horst Gehring- Justiz- Büro gegen Altersdiskriminierung

Nachricht |  Zur Stellungnahme von Horst Gehring am 27-07-2018_KOMMENTAR von Dr. Arnd Rüter 04-08-2018.docx

Sehr geehrte Frau Schweitzer,

anbei mein Kommentar zur „Persönlichen Stellungnahme“ des Herrn Gehring, um dessen Veröffentlichung ich dringend bitte.

Wenn Sie meinen Kommentar lesen, der ja in der Hauptsache aus Zitaten des Horst Gehring besteht, dann werden Sie feststellen, dass Sie keineswegs sammeln gehen müssen, eher müssen wir nach einem freien Platz in einer Klapsmühle (geschlossenen Unterbringung) für Herrn Gehring Ausschau halten.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Urlaub; um gutes Wetter muss man ja derzeit nicht bitten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

INHALT von „Zur Stellungnahme von Horst Gehring am 27-07-2018_KOMMENTAR von Dr. Arnd Rüter 04-08-2018“ nachfolgend:



Kommentar Dr. Arnd Rüter

zur „Persönlichen Stellungnahme“ von Horst Gehring am 24.07.2018 beim BgA
(<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9342>)

Horst Gehring schreibt dort:

„[...] Die unwahre Behauptung, ich sei der Sozialpolitische Sprecher des DVG e.V. und hätte im Auftrag der SPD den Verein unterwandert, ist falsch und entbehrt jeglicher Grundlage. [...]“

Horst Gehring schrieb am 13.02.2017 im Blog der Direktversicherungsgeschädigten e.V.
(https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1682486685377338&id=1487611031531572) **Offener Brief an die DVG e.V. Mitglieder Bundesrat Drucksache 780/16 (Beschluss) 10.02.17**

*Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
in vorbezeichneter Angelegenheit möchte ich Sie **über die Aktivitäten meiner Tätigkeit als sozialpolitischer Berater des Bundesvorsitzenden, Gerhard Kieseheuer, informieren.** Meine Aufgabe ist es auch, auszuloten, mit welcher Partei wir die größeren Schnittmengen haben. Auch **wenn ich nicht leugnen kann, wo ich politisch stehe**, so sind mir die Ziele des DVG e.V. sehr wichtig. Grundsätzlich **habe ich mir eine politische Neutralität auferlegt**, so dass ich mit allen demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag reden kann. Meine jahrzehntelange Erfahrung auf Bundesebene in Bonn und Berlin stelle ich dem DVG daher gerne zur Verfügung. Ich halte jetzt die Zeit für gekommen, Ihnen unsere politische Bilanz seit dem Sommer 2016 vorzustellen.
Sie alle haben durch zahlreiche Aktivitäten zum bisherigen Stand beigetragen. Auch der unermüdliche Einsatz vor Gerhard Kieseheuer sollte einmal unmissverständlich dargestellt werden.
Es ist meinen politischen Gesprächspartnern bewusst, dass beim Thema „Vertrauensschutz/*

Bestandsschutz“ bei Direktversicherungen derzeit ein Problem besteht. Bereits seit Januar 2004 musste ich mich mit dem GMG auseinandersetzen, lange bevor es Ihren Verein gab. **Kurz nach Übernahme meiner Beratertätigkeit für Gerhard Kieseheuer haben mein Freund Erwin Tischler und ich uns zusammen gesetzt und beraten, wie können wir dieses Problem möglichst schnell lösen. [...]**“

Horst Gehring gab im Blog der Direktversicherungsgeschädigten e.V. bekannt, dass er am 23.08.2017 einen Leserbrief an die Neue Osnabrücker Zeitung schrieb

(<https://www.facebook.com/1487611031531572/photos/a.1493214397637902.1073741829.1487611031531572/1770295879929751/?type=3>) unter dem Titel „Rechte des Bürgers“. Dieser beginnt mit:

„Zum Artikel „Ist die Bürgerversicherung gerechter?“ (Ausgabe vom 10. August) und dem Leserbrief von Kay-Uwe Behrends „Nutznießer des Systems“ (Ausgabe vom 18. August) erhielten wir folgende **Zuschrift von Horst Gehring, sozialpolitischer Berater des DVG e.V.** [...]

Horst Gehring schrieb am 10.09.2017 im Blog der Direktversicherungsgeschädigten e.V.

(https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1777039959255343&id=1487611031531572)

Mitteilung von Horst Gehring

„Liebe Vereinsmitglieder der DVG e.V.

Am 31.08.2017 **musste ich** plötzlich und unerwartet **meine Beratertätigkeit im Verein als sozialpolitischer und persönlicher Berater des Bundesvorsitzenden, Gerhard Kieseheuer, zur Verfügung stellen**. Zwischenzeitlich hat mich mein Kardiologe aber wieder auf die Beine gestellt, so dass ich eingeschränkt, Euch zur Verfügung stehe, wenn ihr denn möchtet. Vor uns liegt eine entscheidende Bundestagswahl die auch 6,1 Millionen Direktversicherungsgeschädigte berührt.

Auch meine Partei, die SPD hat bezogen auf die Agenda 2010 und dass daraus resultierende GMG aus dem Jahr 2004 unverzeihliche Fehler begangen, die das Vertrauen einer ganzen Bevölkerungsschicht erschüttert haben. dafür musste die SPD Federn lassen müssen. Ein Verlust von 9 Prozent in der Wählergunst ist für eine traditionelle Volkspartei ein schmerzlicher Eingriff.

Dennoch werbe ich für diese Partei, weil sie die Fehler der Vergangenheit zu tiefst bereut hat uns[d] sich zu **ihrem Fehlverhalten in der Vergangenheit bekannt hat**. So hat das Willy – Brandt – Haus am 31.08.2017 ein zielgerichtetes Schreiben an alle Mandatsträger der SPD gesandt, was sich ausschließlich mit den Problemen der „Direktversicherungsgeschädigten“ beschäftigt.

Daher **appelliere ich** an alle Betroffenen, gebt **uns** eine Chance, damit wir das begangene Unrecht wieder gut machen können. Natürlich **arbeiten wir parteiübergreifend an einer Lösung** der Beitragsrückerstattung ab 01.01.2004.

Schon jetzt **arbeitet die SPD fieberhaft in den Fachausschüssen an einer einvernehmlichen Lösung des Problems**. Die Politik wird nun einmal im Deutschen Bundestag gemacht, und dafür benötigen wir eine verfassungsgemäße Mehrheit.

Es dürfte also nicht vermessen sein, Herrn Gehring aufgrund seiner eigenen Äußerungen als pathologischen Lügner zu bezeichnen.

Horst Gehring schreibt am 24.07.2018 beim BgA weiter:

„[...] Man muss dazu wissen, dass sich bereits das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1988 mit der Frage der Beitragspflicht von Versorgungsbezügen beschäftigt hat. [...]

Dazu müsste Herr Gehring wissen, dass die ca. 6 Mio staatlich organisiert Betrogenen gar keine Versorgungsbezüge erhalten haben, sondern die mit jährlicher Bezahlung der Versicherungsgebühren unwiderruflich in ihr Eigentum übergegangenen Kapitalerlöse aus ihren Kapitallebensversicherungen. Da er dies trotz seiner „Konfrontation mit dem Thema seit 2004“ immer noch nicht weiß, dürfte er als hochgradig Ahnungsloser und als unverbesserlicher Ignorant zu bezeichnen sein.

Horst Gehring schreibt am 24.07.2018 beim BgA weiter:

*„[...] Der DVG ist im Grunde genommen nur ein **Bittsteller gegenüber den Politikern**, um die Sorgen und Nöte der Betroffenen bekanntzumachen.[...]*

Ich kann Ihnen versichern, dass an einer Lösung parteiübergreifend gearbeitet wird.[...]“

Offensichtlich überfordert es die geistigen Fähigkeiten des Horst Gehring sich vorzustellen, dass ca. 6 Mio staatlich auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch Betrogene keine Bittsteller gegenüber den Parteien sind. Die Politiker haben nur eines zu begreifen: Gesetze gelten auch für sie. Die parteiübergreifende Lösung kann nur sein, das kriminelle Handeln aller mit Beitragsrecht befasster Sozialgerichte und des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts zu beenden, den Rechtsstaat wieder herzustellen und den Bestohlenen das Diebesgut inkl. der gesetzlichen Verzinsung zurückzugeben.

Dass ausgerechnet die SPD, unter deren Führung die ganze Schweinerei ins Leben gesetzt wurde, die Führerschaft in dieser Aufgabe übernehmen könnte, glauben nur völlig Realitätsferne wie Horst Gehring.



Wie es mit dem Horst Gehring weiter ging: siehe [\[IG_K-PP_003\]](#)

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Sa 20.10.2018 12:15
An: 'baldis@gmx.de'
Cc:
Betreff: der Stand der angeregten Debatte

- Nachricht
- WG: Offener Brief an MdB Bärbel Bas & Ralf Kapschack
 - WG: Zusammenarbeit zwischen GKVen - BMGS - BSG zur "Einführung des GMG" als Basis für den seit 14 Jahren an...
 - 3_20181007_VERTEILER_juristisches Mundtotmachen - Lügen Betrügen Manipulieren am Rande der Legalität... .p...
 - 3_20180929_Versuch 1 Dr. Rüter juristisch zum Schweigen zu bringen_über Rechtsanwalt Osnabrück.pdf
 - 3_20181002_Versuch 2 Dr. Rüter juristisch zum Schweigen zu bringen_über Strafverfolgungsbehörden Osnabrück...

Umsetzung in **IG-Referenzen**

- WG: Offener Brief ... [\[IG_K-PL_121\]](#)
- WG: Zusammenarbeit ... [\[IG_K-PL_122\]](#)
- 3_20181007_VERTEILER ... [\[IG_K-PL_123\]](#)
- 3_20180929_Versuch 1 in [\[IG_K-PP_003\]](#)
- 3_20181002_Versuch 2 ... in [\[IG_K-PP_003\]](#)

Sehr geehrte Frau Schweitzer,

die Historie

- 30.06.2018: Veröffentlichung beim BgA (Gehring) „Direktversicherung: Gesundheitsausschuss vertagt Doppelverbeitragung“
- 02.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Gehring) „Direktversicherung: Gesetzgeber hat Verantwortung“
- 10.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Rüter) „Betriebsrenten: Will sich Bundesgericht Journalisten gefügig machen“
- 17.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Rüter) „Betriebsrenten+Co.: Die Richter folgen Ihrer Überzeugung“
- 23.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Rüter) „Direktversicherung: Teile + herrsche – Kommentar zur Mail an Max Straubinger“
Ihr Vorspann: „Den meisten Direktversicherten sind die unterschiedlichen Standpunkte, die von Herrn Gehring bzw. von Dr. Rüter über den rückwirkenden staatlichen Eingriff in die Auszahlungsbedingungen von Direktversicherungen vertreten werden – wurscht. Sie wollen ihr Geld zurück, sonst nichts. Wer das macht oder wie – ist für sie wenig von Belang, ebenso wie die spannenden Frage, wessen Interessen eigentlich mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz 2004 befriedigt wurden.“
- 23.07.2018: „ich habe mich gerade entschlossen, die Gegendarstellung von Gehring reinzusetzen. Ob das nun rechtlich o.k. ist oder notwendig ... **Es regt die Debatte sicherlich an.** Es gab einige Rückmeldungen zu Ihrem Beitrag. Pro und Contra. Contra überwog, - leicht.“
- 24.07.2018: Darüber habe ich die Mitglieder der IG-GMG per Email informiert (es gibt darin eine Menge Doppelmitglieder und mindestens ein Mitglied, welches die Emails sofort an Horst Gehring weiter sendet)
- 24.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Gehring) (Rubrik: Justiz) „Direktversicherung: Stellungnahme von Horst Gehring“
- 27.07.2018: Veröffentlichung beim BgA (Gehring) „Direktversicherung: Kramp-Karrenbauer lässt antworten“

Daraufhin habe ich Sie am 03.08.2018 **sehr gebeten** meine Gegendarstellung zur Stellungnahme-Gehring vom 24.07.18 zu bringen

Ihre Antwort am 03.08.2018: „bevor ich auch sammeln gehen muss, fahre ich erstmal in Urlaub!“ (mit Link auf die Stellungnahme Gehring) ... [das Sammeln bezog sich auf die Kautio, die nötig wäre, um mich wieder in Freiheit zu holen]das war Ihre Antwort bis heute

Damit Sie sehen können, wie es „die Debatte angeregt hat“ anbei (Emails in MS-Outlook Format)

- 1_ Am 08.08.2018 habe ich an alle MdB des Bundestages eine Email gesandt (betreff: Offener Brief an MdB Bärbel Bas & Ralf Kapschack), in welcher meine Gegendarstellung vom 03.08.2018 eine der Anlagen ist. Darüber habe ich auch am 11.08.2018 die Mitglieder der IG-GMG informiert (also indirekt auch Gehring) (Email: WG: Offener Brief an MdB Bärbel Bas & Ralf Kapschack)
- 2_ Am 19.09.2018 habe ich an alle MdB des Bundestages eine Email gesandt (betreff: Zusammenarbeit zwischen GKVen - BMGS - BSG zur Einführung des GMG als Basis für den seit 14 Jahren anhaltenden staatlich organisierten Betrug) Darüber habe ich auch am 19.09.2018 die Mitglieder der IG-GMG informiert (also indirekt auch Gehring) (Email: WG: Zusammenarbeit zwischen GKVen – BMSG – BSG zur „Einführung des GMG“ als Basis für den seit 14 Jahren anhaltenden staatlich organisierten Betrug)
- 3_ Ich habe Post bekommen vom Anwalt von Horst Gehring und von den „Strafverfolgungsbehörden in Osnabrück“
Darauf habe ich mit den beiden Anlagen
(pdf: [3__20180929_Versuch 1...](#) und
[pdf: 3__20181002_Versuch 2...](#)) geantwortet, nicht ohne dieses auch etlichen (von Gehring benannten) SPD-Genossen und allen MdB mit einer Email vom 07.10.2018 bekannt zu geben
(pdf:
[3__20181007_VERTEILER_juristisches Mundtotmachen – Lügen_Betrügen_Manipulieren am Rande der Legalität...](#))

Wenn Sie also der Stand der Debatte interessiert, fangen Sie sinnvollerweise mit 3__ an; dann kommt vielleicht auch für Sie ein wenig Licht in das Dunkel „wem Sie denn da den Eckermann gemacht haben“.

Wenn Sie sich davon erholen wollen, lesen Sie 2__; dann sehen Sie wie mafiös das Ganze von staatlicher Seite organisiert war und ist.

Falls Sie sich fragen, ob das alles nicht ein wenig deutlich ist: Brecht hat singgemäß gesagt: gegen solche Art von Politikern hilft nur noch Lächerlichmachen und Öffentlichkeit.

Mir (besser: uns 6 Mio Betrogenen minus H.G., minus E.T., minus usw. usf.) würde es jedenfalls helfen, wenn Sie sich durchringen könnten, die Sachen 1__, 2__ und 3__ zu veröffentlichen.

Zu dem Thema „Pro und Contra“ zur Rüter-Meinung unter den Betroffenen belästige ich Sie jetzt nicht; dazu gäbe es aber auch Aufschlussreiches, ...

Wenn Sie sich nicht durchringen können, dann bitte ich um eine kurze Mitteilung, dann weiß ich in Zukunft, woran ich bin.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

**Anmerkung: die Aufforderung zur Veröffentlichung des
Schreiben von Rudolf Mühlbauer an den Abgeordneten Max Straubinger
„GMG – das heiße Angebot und nur noch halb so viel zu betrügen“
([\[IG_K-PP_006\] Email vom 4.12.2018](#))
hat sie am 08.12.2018 bekommen**

Von: doris.bartholomaeus@t-online.de

Datum: 18.01.2019 21:14:05

An: baldis@gmx.de

Betreff: Glaubwürdig?

Sehr geehrte Frau Schweitzer,

mit Ihrer Glaubwürdigkeit habe ich einige Schwierigkeiten.

Am 16.01.2019 veröffentlichen Sie einen Brief von Rudolf Mühlbauer an den Abgeordneten Max Straubinger.

[<http://www.altersdiskriminierung.de/themen/artikel.php?id=9674>]

Darin wird „das heiße Angebot nur noch halb so viel zu betrügen“ des Max Straubinger als dessen Versuch, auch weiterhin zu betrügen, entlarvt. Am Tag der Veröffentlichung hatte dieser Text noch keinen Nachspann aus Kurztexten und Hinweisen auf diverse Links. Am 17.01.2019 finde ich dort u.a. den eingeschobenen Satz:

„-----

Max Straubinger gilt als der hartnäckigste Gegner der Halbierung der KV-Beiträge für Betriebsrenten und Direktversicherungen. Ob es seinen CSU-KollegInnen gelingen wird, ihn auf dem Sonderparteitag am 19.1.2019 umzustimmen?

----- „

Diese Aussage ist doch nun das genaue Gegenteil der Aussage von Herrn Mühlbauer. Von ihm stammt diese Aussage dann wohl nicht, warum hängen Sie diese an seinen Brief an? Die Aussage könnte von Ihnen stammen, denn Sie haben sich in Ihrer Veröffentlichung „Direktversicherung: Die Wurst hängt noch im Rauch“ vom 11.01.2019 ähnlich geäußert. Sie kann aber auch nur die von Ihnen wiederholte Meinung des Horst Gehring sein, der im Artikel „Direktversicherung + Betriebsrenten: Geht es heute um die Wurst?“ vom 10.01.2019 schon das gleiche behauptet hatte. Welche Aussage ist denn jetzt die richtige?

Am 17.01.2019 veröffentlichen Sie die Meinung von „diversen“, wobei diese „diversen“ nur 3 sind und die Ansichten von Horst Gehring den überwiegenden Teil beanspruchen.

Statement zum Parteitag der CSU am 18.d.M. in München

Sehr geehrte Frau Schweitzer

vielen Dank für die Übersendung der aktuellen E-Mails. Die Betroffenen haben Recht, dass es bei der Aufarbeitung der betrieblichen Altersversorgung nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben darf. Ich glaube, es gibt wohl kaum ein rentenpolitisches Thema neben dem Niveau und der Frage, was tun die politischen Verantwortlichen eigentlich gegen Altersarmut als die doppelte Verbeitragung. Ich bin mir sehr sicher, dass sich die jüngere Generation der CSU-Bundestagsabgeordneten ihrer politischen Verantwortung gegenüber den Betroffenen sehr wohl bewusst sind. So habe ich kurz vor Weihnachten für die IG Metall eine 60-seitige Information zum Rückblick auf 50 Jahre Betriebliche Altersversorgung zusammengefasst. Hier gab es auch eine sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frau Emmi Zeulner MdB (CSU).

Zu Recht habe ich darauf hingewiesen, dass grundsätzlich bei Betriebsrenten nur der sogenannte Arbeitnehmeranteil gezahlt werden soll. Das heißt also im Klartext, dass für alle Formen der betrieblichen Altersversorgung nachvollziehbare und gleiche Regeln für die Krankenkassenbeiträge gelten sollten, um die Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge nicht zu schmälern.

Zugleich müssen wir auch eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Blick halten. Der Verfasser hat in seinem Werk darauf hingewiesen, dass die Mindereinnahmen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen nicht zu Lasten derjenigen gehen dürfen, die nur geringe Einkommen und insbesondere keine betriebliche Altersversorgung haben. Dieser „sozialpolitische Gau“ aus dem Jahr 2003 darf sich in Zukunft nicht wiederholen. Es wurden in dieser Aufzeichnung verschiedene Szenarien wie Rückerstattung von Beiträgen aus Kapitallebensversicherungen, Gleichstellung von freiwillig Versicherten und einige andere brisante Punkte schonungslos dargestellt. Ich bin daher Frau Emmi Zeulner sehr dankbar für ihre diesbezügliche politische Unterstützung. Ihr Team hat sich in kürzester Zeit in ein sozialpolitisches Thema eingearbeitet, was meinen Respekt und meine volle Anerkennung genießt. Was mich besonders überzeugt hat, war ihre ehrliche Bereitschaft ein bestehendes Unrecht abzumildern.

Organisatorisch liegt die Zuständigkeit bei der Arbeitsgruppe Gesundheit sowie Arbeit und Leben. Hier bin ich aber sehr zuversichtlich, dass die Parlamentarier sich ihrer Verantwortung bewusst sind und an einer vernünftigen Lösung arbeiten.

Horst Gehring

Quelle: Büro gegen Altersdiskriminierung

Weitere Artikel, nach dem Datum ihres Erscheinens geordnet, zum Thema Direktversicherung:

16.01.2019: Brief an Straubinger: Das heiße Angebot nur noch halb so viel zu betrügen

16.01.2019: Wissen die CSUler eigentlich, worum es am 19. Januar geht?

10.01.2019: Direktversicherung + Betriebsrenten: Geht es heute um die Wurst?

Darin bedankt Horst Gehring sich bei Ihnen „für die Übersendung der aktuellen E-Mails“, die offensichtlich von „Betroffenen“ an Sie gesandt wurden.

Wenn diese Aussage falsch wäre, hätten Sie sich sicherlich mit Horst Gehring auseinander gesetzt; die Aussage ist also wahr.

Schämen Sie sich nicht; wissen Sie nicht, dass sich so etwas nicht gehört?

Sie sind offensichtlich nicht auf dem neuesten Stand. Ich sende Ihnen nachfolgend eine in der „IG GMG-Geschädigter“ verteilte Email von Dr. Rüter, in welcher er mitteilt, dass die Bezeichnungen „sozialpolitischen Berater des DVG-Vorstandes“, „im Auftrag der SPD den DVG Unterwandernder“, „pathologischer Lügner“, „hochgradig Ahnungsloser“, „unverbesserlicher Ignorant“ und „völlig Realitätsferner“ für Horst Gehring von der Staatsanwaltschaft Osnabrück nicht als beleidigend, sondern als Tatsachenfeststellungen eingestuft wurden.

Haben Sie keine Befürchtungen, dass das auf Sie abfärbt?

Es wäre schön, wenn es eine moralisch akzeptable Erklärung für das alles gäbe.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Doris Bartholomäus

Zusammenfassende Bewertung (Rüter):

Schluss mit diesen ständigen Bemühungen durch Hanne Schweitzer unsere Ansichten bzw. Aussagen zu relativieren und Zensur auszuüben.

Frau Hanne Schweitzer hat die homepage des „Büro gegen Altersdiskriminierung“ (BgA) bzgl. der Darstellungen zu den Folgen des GMG und zu den Bemühungen der Geschädigten ihr Geld zurück zu bekommen, umfunktioniert zu einer Art online Mitteilungsblatt der etablierten politischen Parteien, insbesondere der SPD:

[17.12.2018 „Rainer Spiering [SPD] MdB zur Abschaffung der Doppelverbeitragung“;
19.12.2018 [SPD-Bundestagsfraktion] „SPD: Schluss mit dem doppelten Beitrag bei Betriebsrenten!“; 19.02.2019 [Pressestelle SPD-Bundestagsfraktion] „Betriebsrenten: SPD will nur noch halben Beitragssatz“]

Wir bedanken uns aufrichtig für ihre Bemühungen von Anfang 2008 bis zum etwa Mitte 2018 das Thema GMG bekannt zu machen.

Wenn wir uns fragen, was mit der Person Hanne Schweitzer passiert ist, dass sie sich nun seit Mitte 2018 so hat vor den Karren der Täter spannen lassen und spannen lässt, dann finden wir keine passende Antwort.

Es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass auch sie in der Lage war zu erkennen, dass spätestens die Stellungnahme des Horst Gehring 24.07.2018 seinen Geisteszustand offenbarte. Ihr (zart ausgedrückt) „**parteiisches Verhalten**“ **zugunsten der Täter** muss also andere Gründe haben.

Möglicherweise kommen wir über eine andere Person (Horst Gehring, SPD-Genosse) zur Lösung. Wir stoßen dann auf die Feststellung gegenüber der SPD ([JIG_K-PL_123](#)) „...dass viele SPD Mitglieder Politik nur verstehen als **Lügen** und **Betrügen** und **Manipulieren am Rande der Legalität**, und wenn es sich denn ergibt, **auch gern darüber hinaus**“. Und vielleicht ist das Nachfolgende dann auch ein Teil der Antwort (<http://www.altersdiskriminierung.de/kontakt/impressum.php>):

Sponsoren

Die barrierefreie Gestaltung der Website wurde ermöglicht durch finanzielle und/oder tatkräftige Unterstützung von:



Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (derzeit SPD geführt) ist offensichtlich der größte Sponsor des BgA.